

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Bingen und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährl. 4.95 M. ohne Postbelehrung.
Telefon Nr. 82. — Postcheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Unthes,
Druck und Verlag der Firma Schindler'sche Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die eingeschaltete 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 10 Pf. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.20 Mf.
Anzeigen-Ablaufnahme bis 4 Uhr nachmittags des Tages.

Nummer 30

Limburg, Montag den 9. Februar 1920

83. Jahrgang

Ein Jahr Nationalversammlung.

Am 6. Februar führte sich der Tag, an dem in Weimar die Nationalversammlung ihre erste Sitzung abgehalten hat. Die zwölf Monate, die seither verflossen, haben trocken bewiesen, daß die Einberufung des Parlamentes, das dem von höchster Glückschöpfung in die tiefste Verzweiflung geführten deutschen Volks nach dem Zusammenbruch des alten Obrigkeitsstaates zunächst einmal eine neue Verfassung geben sollte, wirklich der orache Willensatz war, mit dem dasselebe deutsche Volk den ersten Schritt auf dem Wege in eine neue Zukunft hat. Es ist seither viel für und gegen die Arbeit der Nationalversammlung gesagt worden. Die Gegner des neuen Regimes sind zugleich auch heftige Wideracher des Nationalversammlung gewesen, und sowohl auf der äußersten Linken wie ganz rechts hat man mit seiner Unzufriedenheit und seinem Krieg nicht zurückgehalten. Trotzdem bleibt das geschichtliche Verdienst dieses Parlamentes und daneben und darüber hinaus, das der jetzt noch herrschenden Regierungskoalition der drei Mehrheitsparteien unbestreitbar. Es liegt auch in der Natur der Sache, daß die erwähnte Missstimmung nicht so sehr gegen die Nationalversammlung selbst als gegen die Verhältnisse gerichtet war, aus denen heraus alle Entscheidungen, Beschlüsse und Maßnahmen vom Hause der Regierung, wie des Parlaments, wie der Mehrheitsparteien allein zu deuten sind. Die Nationalversammlung hatte als erste große Aufgabe die Herbeiführung des Friedens. Man weiß, daß das deutsche Volk damals in zwei große Lager geteilt war und daß die Unterhälfte erst nach schweren Kampfen geleistet worden ist. In jener historischen Sitzung, in der der Beschluß darüber gefaßt wurde, haben aber auch die anderen Parteien des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie, die für Unterzeichnung eintraten, diese Selbstüberwindung als eine Tat der Verbandsriebe abgelobt. Und wenn das deutsche Reich heute noch als ein großer Staat besteht, in dem nicht das Willkürgebot der Feinde ohne Schranken regiert, sondern dessen Souveränität nur durch die übernommenen Pflichten aus dem Frieden beschränkt wird, so wissen wir heute, daß das allein auf die Leistung jener Unterhälfte, gutzuführen ist. Auch die zweite gewaltige Aufgabe, die dem Weimarer Parlament erwuchs, wurde bestmöglich: die Schaffung der Verfassung. In ihr wurde die Einheit des deutschen Volkes in eine dauernde, feste Form gegeben, und jenseits aller mehr oder minder berechtigten Kritik bleibt die bedeutsame Tatsache bestehen, daß der Einheitsgedanke durch sie im March gesetzt ist und dem Ziele des einheitlichen deutschen Volksstaates in organischer Entwicklung zugetrieben wird. Das dritte Problem war die Wiedergewinnung der Reichsfinanzen, und in ihm befinden wir uns noch mitten darin. Aber damals dehnt sich die lange Reihe der Vorlagen und angenommenen Entwürfe seinesfalls ins Unendliche. An eines noch mal erinnert werden: die Verlegung nach Weimar steht jenseit verschwommen aus Widerspruch. Der 13. Januar dürfte aber auch diese Proteste endgültig eines Besseren belehrt haben.

Der bayerische Landtag gegen die Auslieferung.
München, 6. Febr. (WTB.) Der bayerische Landtag beschloß heute eine Rundgebung, in der gegen das Auslieferungsverlangen der Entente schärfst Stellung genommen wird. Der Landtag ist der Überzeugung, daß das ganze europäische Volk mit ihm einig ist in dem Widerstand gegen die Forderung der Entente, die das deutsche Volk entehren will. Sämtliche Parteien schlossen sich dieser Rundgebung einstimmig an.

Die unsinnige Idee der Repressalien.

Berlin, 7. Febr. Nach Meldungen aus Paris soll die Bolschewikkonferenz Repressalien in Aussicht genommen haben für den Fall der Weigerung Deutschlands, die angeuldigten Personen auszuliefern. Dazu bemerkte der "Borussia": Die ins Auge gefaßten, also noch nicht beschlossenen Repressalien würden, wenn sie zur Anwendung gelangten, seinesfalls zum obliegenden wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands führen. Möglicherweise könnte so schon eine drohende Gesetze allein genügen, um dieses Ergebnis zu erzielen. Aber geändert werden konnte dadurch nichts an der Tatsache, daß es keine Regierung in Deutschland gibt, die das Begehrte der Entente zu erfüllen imstande ist. So wenig wie man zusammenbrechende Menschen durchstrafe wieder zu Kräften bringen kann, so wenig kann man durch Blödsinn und Beleidigung eine Regierung in Deutschland schaffen, die die Kraft hat, unmögliches möglich machen. Als Mittel, die Auslieferung zu erzwingen, wären die ins Auge gefaßten Repressalien vollkommen unzweckmäßig. Als zweitmäßig zu ihnen Zwecken können sie nur erscheinen, denen der Rest Europas noch nichtständig genug ist.

Sie wollen aus der Lage Nutzen ziehen.

Auch der "Petit Parisien" sagt, im Falle der fortgeschrittenen Weigerung müsse die Verlängerung der Belohnung Rheinlande in Betracht gezogen werden. Auch andere Abnahmen würden erwogen. Emilie Bure meint im "Eifel", die Alliierten hätten heute nicht nur die Möglichkeit, Auslieferung der Schuldigen und die Lieferung von Eltern, die so schwärzlich seien, wie ihre Seelen, zu verlangen, könnten auch die Entwertung Deutschlands fordern. Das vielleicht die leichte Karre, aber sie sei großartig.

Millerand als Tiger Nr. 2.

Paris, 7. Febr. In der Deputiertenkammer erwiderte Minister des Neuherrn Millerand, auf mehrere Anfragen bezüglich der auswärtigen Politik. Er erklärte, was Rückwärtsziele, so würden Frankreich, England und Italien unter allen Umständen in Übereinkunft vorgehen. Die bolschewistischen Gruppierungen werden seinerseits Hilfe

mehr erhalten, doch sollte nachher Polen oder Rumänien von den Bolschewisten angegriffen werden, so werden wir die vollständige Unterstützung zuweilen werden lassen. Bezuglich des Versailler Vertrages erklärte Millerand, daß er entschlossen sei, ihn mit aller Gewissenhaftigkeit und unerschütterlicher Treue zu halten zu lassen. Die Wiedergutmachungskommissionen funktionieren und die Vereinigten Staaten beteiligen sich an ihnen. Deutschland hat die verprochenen Rohstoffmengen nicht geliefert. Da somit der Vertrag unzureichend bleibt, wird Deutschland verhindert werden, daß die Raumungsfristen für die Rheinlande aufgehoben werden. Weitere Maßnahmen stehen ebenfalls zur Verfügung der Alliierten, die von ihnen Gebrauch machen werden, wenn sie es für nötig erachten. Millerand schloß seine Ausführungen mit den Worten: Wir fordern alles, was uns Deutschland schuldet. Bezuglich der Auslieferung der von Deutschland Geforderten, sagte Millerand, daß der Botschafterrat heute abend die zu fassenden Beschlüsse festlegen werde. — Die Erklärungen des Ministerpräsidenten Millerands wurden mit 513 gegen 66 Stimmen gutgeheissen.

Vorläufig keine weiteren Schritte der Entente.

London, 6. Febr. (WTB.) Reuter erfaßt mit Bezug auf die Erklärung Sir Austons Bondes vom 4. Februar, daß Holland den Kaiser auf eine entfernt gelegene Insel schaffen sollte, weder von den Alliierten im Allgemeinen noch von irgend einer der betreffenden Regierungen bei dieser Beschlüsse gefaßt worden. Reuter erfaßt außerdem, daß keine weiteren Schritte in der Frage der Auslieferung derdeutschen Schuldigen unternommen werden sollen, bis die Vertreter der Alliierten in Berlin Auskunft erhalten haben. Die neue Note an Holland soll nicht überreicht werden, bis die Zusammenkunft der Ersten Minister der Alliierten stattgefunden hat, was innerhalb von zehn Tagen wahrscheinlich geschehen wird.

Die Haltung der Generäle.

Berlin, 6. Febr. General Hindenburg und General Ludendorff stehen, wie dem "Volksanzeiger" mitgeteilt wird, in der Auslieferungsfrage auf dem Standpunkt, der durch den Beschluß der am 7. Januar in der Versammlung der Heeresführer gefaßt wurde, festgelegt ist. Also auch sie sind, wie Generalfeldmarschall von Bismarck der Ansicht, daß sich kein einziger Deutscher freiwillig ausliefern dürfe. Das genannte Blatt erfaßt, weiter, daß General Ludendorff an der Einberufung der Versammlung und an dem gefaßten Beschluß hervorragend mitgewirkt hat.

Die Verleihung der Ehre.

Berlin, 6. Febr. (WTB.) Die "A. 3." meldet: Scheidemann, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, hatte Besprechungen mit Ebert, Bauer, Hermann Müller und anderen Parteifreunden. Erzberger äußerte sich auf ein aus Zentrumskreisen kommendes Telegramm sehr bestimmt über die völlige Unmöglichkeit der Auslieferung Deutscher an die Rache der Gegner. Die der Luftkrieg-Friedenskommission unterstellten Reichswehrforscher erklärten es für ihrer Meinung nach unzweckmäßig, die Entente-Kontrollkommission auf ihren Besuchen deutscher Industrievorwerke weiter zu begleiten, da die Entente die Auslieferung ihrer Kameraden forderte.

Holland, die internationale Finanz- und die Kaiserfrage.

Haag, 6. Febr. (WTB.) In der heutigen Sitzung der ersten Kammer erklärte der Finanzminister, die Regierung sei gerne bereit, an der Verbesserung der internationalen Finanzlage mitzuwirken, doch müsse die Initiative von den Großmächten ausgehen. — Die Kammer nahm einen Antrag an, nach welchem die Weigerung der Regierung, den deutschen Kaiser auszuliefern, abgelehnt.

Das Spiel mit dem Feuer.

Berlin, 6. Febr. (WTB.) Die "Daily News" schreibt in einem Leitartikel zu der Frage der Auslieferung des Kaisers, wenn nur der Schein einer Drohung gegen die Niederlande angewendet werden sollte, so würde dies wenigstens in England einen Protest entfachen, über den sich die Regierungen und ihre Ratgeber wundern würden.

Ratifikation des Friedens durch Serbien.

Belgrad, 7. Febr. Der Friedensvertrag von Belgrad wurde am Mittwoch vom Königreich Serbien ratifiziert. Die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland werden wieder aufgenommen.

Zwangswirtschaft, aber höhere Preise.

Um Reichswirtschaftsministerium fanden am 5. Februar Besprechungen wegen unserer Ernährungslage statt. Sie führten zu folgendem Ergebnis: Die Regierung hält die Zwangswirtschaft im Interesse der Volksernährung weiter aufrecht, bewilligt dafür aber der Landwirtschaft höhere Preise für die kommende Ernte. Danach wird sich der Erzeugerpreis für die Tonne Roggen auf 900 Mark, der Weizenpreis sich auf 1000 Mark für die Tonne stellen. Für den Zettiner Herbstkartoffeln werden 20 Mark in Vorschlag gebracht. Außerdem wird der freie Handel mit Hafer wieder aufgehoben und auch der Hafer wieder öffentlich bewirtschaftet.

Wiedererlaubte Zeitungen.

Berlin, 6. Febr. (WTB.) Der Oberbevollmächtigte ordnete an, daß die Zeitungen "Freiheit" und "Rote Fahne" am Montag wieder erscheinen sollen. Jedem Versuch, auf die Störung von Ruhe und Ordnung hinzuwirken, tritt der Oberbevollmächtigte mit Rücksicht auf die furchtbare ernste Lage, in der sich das Reich befindet, mit größtem Nachdruck auch zulänglich entgegen.

Der Prozeß gegen den Altenländer Erzberger.

Berlin, 6. Febr. (WTB.) Die Verhandlungen gegen den früheren Fahnenhüter und jetzigen Gymnasiallehrer Olwig von Hirschfeld, der das Revolterattentat auf Erzberger verübt, beginnen am 21. Februar vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Anklage lautet auf Mordversuch und wurde heute an die zuständige Strafammer zur Beschlussfassung weitergegeben.

Vertreter bei der Abstimmung.

Hamburg, 6. Febr. (WTB.) Nach einer neuen Verordnung dürfen die vom der Internationalen Kommission in Norddeutschland ausgewiesenen Stimmberechtigte zur Abstimmung nicht zurückkehren. Es wird ihnen aber gestattet, Vertreter zu stellen.

Die Lehrer von Eupen und Malmedy.

Berlin, 4. Febr. (WTB.) In dem Konflikt zwischen der Lehrerschaft der Kreise Eupen und Malmedy und der belgischen Schulverwaltung erfahren wir, daß sich die Vertreter der belgischen Regierung dem einmütigen Widerspruch der deutschen Beamten nicht verschlossen haben und mit Vertretern der deutschen Regierung eine neue Fassung vereinbart, gegen die die Beamten noch schwerlich Bedenken haben können, da ihre lediglich von gewissenhafter Erfüllung der Dienstpflichten und Befolgung der Anordnungen des belgischen Oberkommissars die Rüte ist. Den Beamten werden alle Rechte, insbesondere das der Teilnahme an der Abstimmung, gewährt.

Frankreich festigt sich am Rhein.

Berlin, 4. Febr. Die Presse-Informationsbericht aus Paris: Die französische Oberste Heeresleitung beabsichtigt im Einvernehmen mit dem Obersten Kriegsrat den sofortigen Ausbau sämtlicher Rheinabtsenkämpfe im Elsass und die Herstellung moderner BefestigungsWerke an der Rheinlinie zwischen St. Ludwig und Straßburg. Die Regierung wird die Militärvorlage alsbald der Kammer zugehen lassen.

Arbeiter für das Wiederausbauamt gefügt.

Paris, 4. Febr. Die „Information“ berichtet aus Paris, die französische Regierung werde einen Appell an alle alliierten und neutral gebliebenen Staaten richten, um Arbeitskräfte für die Wiederausbauarbeiten in dem zerstörten Kriegsgebiet Nordfrankreichs zu werben. Die Entlohnung der ausländischen Arbeiter soll zu Lasten Deutschlands fallen.

Die österreichischen Kinder.

Wien, 5. Febr. (WTB.) In der niederösterreichischen Landesversammlung sprach der Wiener Bürgemeister Winter über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Tuberkulose. Nach seinen Ausführungen hat Wien gegen 300 000 unterzähne junge Menschen bis zu 19 Jahren. Gegenwärtig sind in Italien, in der Schweiz, in Deutschland und den skandinavischen Ländern insgesamt 34 000 Wiener Kinder gegen 10 000 Kinder aus Niederösterreich. In einigen Monaten wird die Zahl 60 000 erreicht sein. Dank dem tapferen Eingreifen des amerikanischen Volkes wurden etwa 100 000 Kinder vor dem Verhungern bewahrt. Es bleiben aber immer noch 120 000 übrig, für die nicht gesorgt ist. Der Niederösterreicher appelliert an die Bauern, an der Kinderhilfsaktion teilzunehmen.

Die österreichische Ernährungskatastrophe.

Berlin, 6. Febr. Die Ernährungslage in Österreich ist in ein katastrophales Stadium getreten. Die an sich schon miserable Versorgung mit Brod, Brot und Rohmehl ist nur noch bis kommende Woche gesichert. Was dann geschehen wird, kann heute niemand sagen, da mangels Krediten weitgehende Anläufe nicht gemacht werden können.

Auf dem Wege zu einem russisch-polnischen Frieden.

Wien, 6. Febr. (WTB.) Der „Neue Tag“ meldet aus Warschau: Der Minister des Neuherrn Patel erklärte Vertretern der Warschauer Presse hinsichtlich der Stellungnahme der Entente zum Kriege im Osten, daß Frankreich für die weitere Kriegsführung, England dagegen für Friedensschluß mit Sowjetrußland sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden schon in nächster Zeit direkte Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau eingeleitet werden. Vorher müsse sich die polnische Regierung nochmals mit der Entente ins Einvernehmen jenen. Gestern wurden Beratungen aller Reichstagsparteien über den russischen Frieden abgehalten und beschlossen, die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Reichstages zwecks Verhandlungen über einen Friedensschluß mit Russland zu fordern.

Gewaltsame Einstellung in die polnische Armee.

Breslau, 6. Febr. (WTB.) Der noch nicht 21jährige Apothekerlehrling Konstantin Rajec, in Bojanowo, Kreis Rawitsch, der aus Oberschlesien kam, wurde, sobald Bojanowo von den Polen besetzt war, aus seiner Stellung herausgeholt und in die polnische Armee eingezogen.

Die estnischen Verluste.

Paris, 6. Febr. (WTB.) Havas meldet aus Stockholm: Die estnischen Verluste während des Krieges betragen nahezu 10 000 Offiziere und Soldaten.

Ein bolschewistischer Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 5. Febr. (WTB.) Der „Telegraf“ meldet: Die Bolschewisten haben die Gewerkschaften Europas drückselig eingeladen, den russischen Gewerkschaftskongress mit Abgeordneten zu besuchen.

Japans Auftreten in Sibirien.

Amsterdam, 6. Febr. (WTB.) Der japanische Kriegsminister erklärt einem Berichterstatter der „Times“ in Tokio, Japan habe 35 000 Mann für Sibirien, von denen 26 000 Mann Geschütztruppen wären. Japan darf eine Durchdringung der Mandchurie und Korea mit dem Bolschewismus nicht dulden.

Lokaler und vermischter Teil.

Bimburg, 9. Februar 1920.

Die Limburger Eisenbahnhauptwerkstätte geschlossen.

Das Schicksal, das eine Anzahl Eisenbahnwerkstätten im Reich getroffen hat, hat nun auch die Limburger Eisenbahnhauptwerkstätte ereilt. Am Samstag abend traf das Telegramm hier ein, daß die Werkstätte abhalb zu schließen und die Arbeit unter den festgesetzten neuen Bedingungen auszuführen sei. Bereits am Sonntag nachmittag übernahm nun ein Reichswehrkommando den Schutz der Anlagen gegen etwaige, in Limburg allerdings unwahrscheinliche Sabotageversuche und so bot sich den Arbeitern heute morgen bei ihrer Ankunft an der Werkstätte das ungewohnte Bild einer beherrschenden Torwache. Ein Anschlag fläzte sich dann über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen auf. Den Arbeitern ist nach § 20, Absatz 1 der Dienstordnung wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs mit 14-tägiger Frist gekündigt. Die Löhne werden in dieser Zeit weitergezahlt. Gleichzeitig wird die Arbeit wieder neu ausgeschrieben. Die Meldungen sind bis zum 11. Februar einzureichen. Die Regierung hofft, unter den der Wiederbeschaffung zugrunde gelegten, mit den Gewerkschaften verhandelten Arbeitsbedingungen (Alltagsarbeit, volle Einhaltung des Achtstundentages) die Leistungen der Werkstätte bedeutend heben zu können. Viel wird dazu auch eine sorgfältige Auswahl der Neu eingestellten beitragen können. Die Zahl von 2400 Arbeitern gegenüber 1000 der Vorstiegszeit kann natürlich nicht aufrecht erhalten werden, das haben alle Werkstättenarbeiter seit langem selbst gewußt. Es wollte aber einfach nicht gelingen, die überflüssigen Kräfte abzuschaffen. Das wird nun durch die Zwangsmassnahmen der Regierung erreicht werden. Manche bittere Enttäuschung wird es dabei geben und es wird zweifellos eine schwere Aufgabe sein, die Eingestellten und die zu Entlassenden so zu sondern, daß auch wirklich diejenigen ausgeschieden werden, die den Betrieb bisher unnötig belastet haben, und daß unnötige Härten vermieden werden. Vor der Eisenbahnwerkstätte kam es heute morgen natürlich zu erregten Aussprachen und großen Ausläufen, eine ernste Ordnungsstörung ist bisher jedoch nicht vorgekommen. Die Einsicht besteht offenbar bei den Meisten, daß der Schritt der Regierung nicht der Schluß, sondern der bitteren Notwendigkeit entspringt.

Die neue Reisebrotmarkenabgabe. Das Nachrichtenbüro des Berliner Magistrats teilt mit: Die Zentralbehörden haben angeordnet, daß vom 9. Februar ab bei Reisen nur noch 5 Reisebrotmarken für den Kopf und Tag für zusammen 250 Gramm Gebäck abzugeben sind.

Eine Diebin, die ihre Dienststellen zur Bereicherung ihrer Garderobe ausnutzt, lief am Freitag der biege Polizei in die Hände. Sie erschien in einer Limburger Familie zum Dienstbeginn ohne Papiere, weshalb ihre Einstellung von der vorsichtigen Hausfrau verworfen wurde. Als diese die Angelegenheit einer Freundin erzählte, traf sich der Justiz, daß der Freundin das Mädchen als eine Person bekannt war, die in einer früheren Stellung der Herrschaft bös die Kleider- und Wäschechäne erleichtert hatte. Die Polizei nahm sich nun der Person an, die bereits am Bahnhof in wohlgewohnter Toilette den Zug in ihre Wechselfreitheit erwartete. Statt dessen führte sie nun ihr Weg in das Limburger Gefängnis.

Das Umsaßsteueramt (Kreisausschuß) teilt uns mit: Trotz wiederholter Klärstellungen in der Presse werden noch immer die Bestimmungen des neuen Umsatzsteuergesetzes bezüglich Besteuerung von Umsätzen im Ralenderjahr 1920 nach den Steuerjahren des alten oder neuen Gesetzes mißverstanden. Das neue Umsatzsteuergesetz ist für Steuerpflicht und Höhe des Steuerjahrs gemäß § 46 nur dann maßgebend, wenn sowohl die Vereinnahmung, als auch die Lieferung oder sonstige Leistung nach dem 31. Dezember 1919 liegen. Für die Frage, ob das alte oder neue Umsatzsteuergesetz anzuwenden ist, kommt es somit nicht auf den Zeitpunkt des Vertragsbeschlusses, sondern lediglich auf den Zeitpunkt der Zahlung und Lieferung (Leistung) an. Hat die Zahlung 1919 stattgefunden, die Lieferung (Leistung) 1920 oder diese 1919, die Zahlung 1920, so finden die Sätze des alten Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 Anwendung. Die 1919 eingegangenen Zahlungen müssen also in der im Januar 1920 abzugebenden Steuererklärung enthalten sein. Soweit es sich um 1920 eingegangene Zahlungen handelt, die nach Vorbehendem dem alten Umsatzsteuergesetz unterliegen, wird dies in den grundsätzlich im April 1920

Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Ebenstein.

24)

"Reines von beiden, gnädiges Fräulein, es ist mir nur gelungen, den Schlupfwinkel ausfindig zu machen, in dem sich der Mörder hier verbarg."

"Wo war das?"

"Enderstraße 29, ich sagte es ja schon."

"Das Haus, in dem Dr. Hardt wohnte?"

"Ja. Seine Wohnung hörte an die Ludwig Sparbachs — unter diesem Namen wohnte der Mörder nämlich dort. Ich habe seither kein verlassenes Quartier besogen — unter einem ebenfalls falschen Namen natürlich, denn es braucht niemand zu wissen, weshalb ich mich gerade für die Enderstraße 29 so interessiere."

"Und Sie sind auch überzeugt, daß Ihre Spur die richtige ist?"

"Unbedingt, wenn ich auch noch nicht mehr über Herrn Sparbach weiß, als ich vorhin andeutete."

"Aber das ist ja furchtbar interessant. Das müssen Sie mir alles ganz ausführlich erzählen, lieber Herr Hempel, damit ich es meiner Nichte berichten kann!"

Fräulein von Trolls war ganz bleich vor Erregung. Bitte, erzählen Sie!"

Hempel tat es in kurzen Worten.

"Das haben Sie aber großartig eingelegt," sagte Renate, als er schwieg. "Aber eines begreife ich nicht. Sie geben ja vorhin eine formelle Personalbeschreibung des Mörders. Wie könnten Sie dies ohne ihn geschenkt zu haben?"

"Durch Schlussfolgerungen. Ich wohne ja in seinem Quartier, und auch die Dinge haben ihre summe Sprache. Da war zum Beispiel ein kleiner Wandspiegel, in dem sich Sparbach offenbar täglich beschäftigte, weshalb er ihm, genau seiner Größe entsprechend, aufging. Der Spiegel befand sich, wie die Spuren an der Wand zeigen, früher ein gutes Stück höher, da Sparbachs Vorgänger besonders groß gewesen ist. Jetzt hängt er gerade passend für einen Mann mittlerer Größe. Am Teppich stand ich Spuren schmutziger Färbung, was auf die schlechte Gewohnheit zurückzuführen ist, die Schuhe nicht gehörig abzuputzen, ehe man die Wohnung

und im Januar 1921 abzugebenden Steuererklärungen besonders hervorzuheben sein, so daß die Steuererklärungen die Gesamtheit der Entgelte, zweimaligerweise getrennt nach den neuen und den alten Sätzen unterliegenden Summen aufzuführen haben. Entsprechendes gilt, wenn der Unternehmer nicht nach Zahlung (der ist einnahmehaft), sondern nach Lieferungen (der Solleinnahme) versichert (§ 17 Abs. 7 des alten und § 9 des neuen Gesetzes). Die vorstehend behandelten Vorschriften gelten nur bis zum 1. Januar 1921.

Vollbildungsverein. Am Donnerstag, den 5. ds. beendete Herr Student Louis seine Vorlesungsreihe über "Die Entwicklung der Schrift". Der Vortragende ging davon aus, daß die Schrift nicht von der Buchstabenschrift, sondern von der Sinnschrift ihren Ausgang genommen hat. Er zeigte die Entwicklung zur Lautschrift an der Hand der Hieroglyphenschrift, in deren Wesen er unter Darlegung der Geschichte ihrer Entzifferung mit Bildern auf die ägyptische Kultur einführte. Am Schluß sich die Schilderung, wie zuerst bei den Semiten sich ein Alphabet bildete und die Schaffung auch von Zeichen begann, bis im griechischen Alphabet die Grundlage für eine entwickelte Lautschrift gegeben ward. Der Redner wußte seine durch Schrift- und Bildwiedergaben trefflich erläuterten Ausführungen so lebendig und interessant zu gestalten, daß die Zuhörer ihm für den reichen Genuss und die vielseitige Belehrung zu großem Dank verpflichtet sind.

Circus Althoff in Limburg. Wie gern man in Limburg wieder einmal einen Circus sieht, beweist der große Zuspruch, den die Direktion Althoff während ihres kürzigen Gastspiels fand. Ihre Darbietungen waren auch recht gut. "Vaden ist Trumpf" hieß es bei den Spänen der urcomischen Klowns, die mit faulen Witzen, Stolpern und Ohrfeigen das abwechslungsreiche Programm begleiteten. Der Circus verfügt über einen glänzenden Stall Pferde, deren Dressur, vorgeführt von Herrn Director Althoff, allgemeinen Beifall fand. Die drei Geschwister Kaiser erfreuten besonders durch ihre elegante Jodaität mit und ohne Säbel. Nachsalven wedeten die vergeblichen Versuche einiger Besuch er, den Pony Luis zu reiten, der mit gesenktem Kopf jeden der Mutigen aus der Manege trieb. Auch die übrigen Kräfte, die mit Seitanzug, Ranglauf und Voltigen aufwarteten, fanden Beifall. Den Abschluß der Vorführungen bildete eine Rossmus-Pose, die flott durchgeführt, ihre Wirkung auf das Herzfell der Zuschauer nicht verschloß. Alles in Allem hat die Direktion die Erwartungen des Publikums nicht getäuscht und die Zuschauer dienten auf ihre Kosten gekommen sein.

Die Sitzung der auf Betreiben des Herrn Kuster, Alpenrod, in den einzelnen Gemeinden zum Widerstand gegen die preußische Verordnung in Bezug auf Aushebung der Selbständigkeit der Gemeinden und die Schaffung von Großbürgermeistereien gewählten, findet am Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 1 Uhr, in der "Alten Post" hier statt.

Rieberg, 8. Jan. Das Eiserne Kreuz 1. RL wurde nachträglich dem Offiziersstellvertreter Martin, Sohn des Schmiedemeisters Karl Martin, für hervorragende Tapferkeit verliehen.

Aus dem Unteraalbkreis, 6. Febr. Kreistagswahl. Im Wahlbezirk B erhielten Wahlvorschlag 1 (Altenhof, Kreisbauernschaft) 795 Stimmen, Wahlvorschlag 2 Schmidt, Iselbach 267 Stimmen, Wahlvorschlag 3: Böhl, (Sozialdemokrat) 1287 Stimmen, Wahlvorschlag 4: Wagner (Demokrat) 340 Stimmen. Es wurden nach vorläufiger Feststellung drei Sitze an die Sozialdemokratie und einer auf die Kreisbauernschaft entfallen. Im Wahlbezirk C haben nach vorläufiger Feststellung die vereinigten Wahlvorschläge (Vorschlag 1, Kreisbauernschaft und Christlich-Soziale) die überwältigende Mehrheit, so daß sie alle vier Sitze erhalten.

Uingen, 6. Febr. Am verflossenen Samstag wurden die Uinger Gloden zu Sinn gegossen. In monatelanger Arbeit waren die Formen von 25 neu zu gießenden Gloden entstanden, die vor etwa zehn Tagen in der Dammgrube der F. W. Kinterschen Glodengießerei zum gemeinsamen Guß dichtgedrängt zusammengelegt wurden. Unter anderen entstehen in der schwäbischen Gemeinschaft mit vier Gloden für Uingen (darunter eine für die Realschule) auch solche für Hauen, Rod am Berg und Kleeburg im Uinger Land. Die Lieferung der fertigen Gloden dürfte nunmehr in drei bis sechs Wochen bestimmt erfolgen. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde hat gut davon getan, die Gloden anzukaufen, denn heute ist das Glodenmetall derart im Preise gestiegen, daß die drei Gloden sich jetzt auf etwa 54000 Mark stellen würden. — Von Interesse dürfte es wohl sein, zu erfahren, daß die neuen Gloden bei derselben Firma entstehen, die auch einst im Jahre 1690 die alten Gloden vom Uinger Kirchturm gegossen hatte.

Die Hausbesorgerin beklagte diese Nachlässigkeit ihres verlassenen Mieters auch ausdrücklich. Nun — diese Schubspuren erzählen von ungewöhnlich großen Fäßen. Große Fäße bedingen aber auch ebenjolde Hände!"

"Aber der lange, dicke Hals?"

"In einer Schublade war ein schmutziger Papierkragen zutagegekommen. Sehr hoch und nur 25 Centimeter weit, was doch auf einen selten dünnen, langen Hals schließen läßt, nicht wahr?"

"Allerdings..."

"Die Augen aber sind das Einzigste, was ein Mensch, beim besten Willen nicht verändern kann. Also müssen Sie sein, wie Frau Grangi sie beschreibt: graublau."

"Was werden Sie nun weiter tun? Diesen Sparbach keckvollig verfolgen lassen?"

"Gott bewahre! Das wäre das sicherste Mittel, ihn zu warnen, und dann nie wieder aufzufinden. Abgesehen davon, daß ich ja noch leinerlei Beweise für seine Schuld vorlegen kann. Rein, er darf, wo immer er ist, gar nicht ahnen, daß man diesen alten harmlosen Herrn Sparbach irgendwie mit dem Verbrechen an Fräulein Wildenroth in Verbindung bringt. Denn ich glaube fast, daß Sparbach einen Mitschuldigen hier am Ort besaß, der ihn häufig besuchte, und mit dem er auf vertrautem Fuß stand. Die Würke mit dem rotblonden Haaren spricht dafür, wenn auch die Hausbesorgerin einen solchen Menschen nie bei ihrem Mieter gesehen haben will."

"Mit wem verlebte dieser Sparbach sonst?"

"Mit niemand, wie Frau Grangi behauptete. Sein Leben und Treiben ist überhaupt noch völlig in Dunkel gehüllt und in dieser Richtung gibt es noch viel zu erforschen. Besonders, ob er zur Zeit der Tat hier war, oder das Verbrechen vielleicht nur vorbereitet, während es der Rotblonde dann ausführte. Denn offiziell reiste Sparbach ja am Tag vorw ab!"

"Man sagt aber doch, an jenem Sonntag nachmittag seien alle Parteien auswärts gewesen? Wie wollen Sie dann erklären?"

"Alle waren ja doch nicht fort. Die Wawatas waren zu Hause. Wer weiß, ob sie nicht ahnungslos etwas beobachteten, was uns von Ruhen sein kann."

Siegen a. M., 7. Jan. Der ominöse Tod, fall im Stadtbezirk Sindlingen, der das 20 Monate alte Tochterchen der Familie Schneider das Leben kostete, hat eine unerwartete, traurige Auflösung gefunden. Man nahm als man das Kind tot in der Wiege fand, an, daß es beim Spielen mit dem Kopfe auf einen harten Gegenstand aufschlägen sei und das Genick gebrochen habe. Nun hat der Arzt aber festgestellt, daß das Kind erhoffen ist, und zwar von seinem elfjährigen Bruder, wie dieser bereits einige Jahren Revolver, den sein Vater aus dem Felde mitgebracht hatte, gepflegt, als die Waffe sich entlud. Die Augen drang dem Kinde ins Genick und tötete es. Als der Junge nun in seiner Angst die leere Patronenhülle herausnahm und beiseitigen wollte, ging ein zweiter Schuß los, der in die Schulter traf. Nun liegt der Junge, dessen Eltern lange Zeit abwesend waren, um nach einer Wohnung suchen, sein totes Schwesterchen liegen und blieb verschwunden. Bis man ihn andern Tags in dem Nachbarort Dörfel fand.

Aus der Pfalz, 2. Febr. (Verhaftung von Kriegsteilnehmern.) Auf Demunitionen hin wurden in Bördelpätz verschiedene ehemalige Kriegsteilnehmer verhaftet, weil sie im Kriege aus dem Operationsgebiet französisches Eigentum entwendet hätten. Die Einwendungen, daß die Sachen — es handelt sich um Kleiderstücke u. a. — regelmäßig erworben hätten, wurden nicht gewürdigt. Die betroffenen Personen wurden von der Gendarmerie nach Frankreich deportiert.

Gerichtsaal.

Sitzung des Schöffengerichts vom 5. Februar. Dem Schiffer Alf. G. vom L. q. Rh. war ein Strafbefehl von einem Monat Gefängnis zugestellt worden, weil er im Februar 1919 einen Militärtarifkabinett, der auch auf rechtmäßige Weise erworben war, gelaufen ist als Heer gut nicht bis spätestens 11. April der Gemeindeverbund gegeben war. am 4. Juni v. J. an Dörr, an deren nicht berechtigt war, die Jagd ausübelt zu haben. Er legte gegen den Strafbefehl Einspruch ein. In der Verhandlung wird der Angeklagte der Tat überführt, begründet die ab, damit, daß er von dem Jagdpächter W. in L. den Platz gekauft habe will, Wiedergutmachung zu schaffen. Das Gericht kommt deshalb zur Verhandlung der Bernarolu zwangs Auflösung der Sache und Ladung des Jungen.

Den V. d. d. und Polizeidienst W. B. v. B. z. Last gelegt, daß er dem Zugang eines Raumes dem Gemeindewirt nicht vorschriftsmäßig angezeigt und zu schwarzgeschlochtem habe. Es war ihm ein Strafbefehl zu 100 Mark zugestellt worden, wozu er sprach: Ich habe Zeugenauslage überführt, will aber die betreffenden Ermittlungen nicht gestoppt haben. Das Gericht erkennt durch Urteil auf die festgesetzte Strafe von 100 Mark legte ihm die entstandenen Kosten noch zur Last. — Die W. A. v. B. soll im Juni 1919 die von abzugebende Milch durch Zuschütteln von Wasser verdünnt und entrahmt haben. In der ersten Verhandlung war auch durch den vernommenen Sachverständigen die W. als gewässert und entrahmt befunden, die Verhandlung war aber nochmals vertagt. In der zehnten Verhandlung soll aber nicht ermittelt werden, daß die Angeklagte selbst Milch gewässert und entrahmt hat und es erfolgte deshalb die Kreissprengung der Angeklagten. — Die W. Caroline B. v. B. soll es unterlassen haben, den und Abgang zweier Räuber innerhalb 24 Stunden dem meindewirt anzugezeigen und wurde ihr ein Strafe von 200 Mark zugestellt. Sie legte Einspruch ein und sich durch ihren Sohn vertreten. Das Gericht gelangt nach stattgefundenen Verhandlung zur Freispruchung der Angeklagten. — Der Arbeiter Peter Gr. Joh. R. Jakob Jos. Eg. Sch., teils von Ge. O. und R. H. waren befragt, sich am 6. Mai v. J. auf dem Viehmarkt in Burg an der Wegnahme der Herde, die die Landwirten ihren Wagen dorthin gebracht hatten, beteiligt bzw. weggenommen zu haben, was auch von vier der Angeklagten nicht erschienen. Die Angeklagten geben an, ihnen die Herde zum Teil von Soldaten, die auf den Bauwagen gestanden haben, gegeben worden sind, teils seien Herden auch herunter geworfen worden. Außerdem sei die Herde zum Teil nachträglich bezahlt haben. Da Zeugen ausgebüsst waren und die Sache besser aufgeworden soll, kam das Gericht zur Verhandlung der Verhältnisse und zur Ladung weiterer Zeugen.

Et blieb nachdrücklich vor sich hin, und juht fort: "Sehen Sie, Fräulein von Troll, da ist gleich Rosser, in dem man später die Leiche fortschaffte. Er doch irgendwo gelaufen und ins Haus gebracht worden. Aber bisher gelang es nicht, darüber irgend etwas zu erfahren."

"Dann gibt es immerhin noch andere Dinge, die zu legen sind und vielleicht auf eine Spur führen. Das Leben der Toten ist noch viel zu wenig aufgeklärt. Einzig, die darüber, wie ich überzeugt bin, Aufsicht geben könnten, hielten sich in Schweigen."

"Sie meinen die Württer, Frau Wildenroth?"

"Sie und Fräulein Spira. Leider ist letztere verstorben."

"Die Spira ist doch nicht verstorben?"

"Doch. Sie macht, wie man mit in ihrer Wohnung lagte, eine Gastspielreise durch Deutschland."

"Nein. Das ist bestimmt ein Tertum. Ich sah ja erst gestern. Wir begrüßten einander noch!" sagte nate lebhaft.

Hempel sprang wie elektrisiert auf.

"Wirklich? Täuschen Sie sich nicht?"

"Bestimmt nicht. Sie ist bei Baron Winter, Frau mit ihr befreundet ist, auf Erdmannshöhe zu Hause einer Woche glaubte ich. Erdmannshöhe liegt in der von Wolfsbrüggen, und ich sehe die Baronin mit Fräulein Spira täglich bei uns vorüberfahren. Sie fahren jeden Nachmittag zur Station spazieren."

"Kann nicht eine Lehrlinie?"

"Ausgeschlossen! Ich werde doch Amalie Spira, seit der Kinderzeit kennen, nicht mit jemand anders verkehren! Unmöglich sagte ich Ihnen doch, daß wir ein begrüßt."

"Sie kennen die Dame also persönlich?"

sagte Hempel lippischüttend, während sein Blick beinahe auf dem wuschigen Regerkopf seiner Besucherin gerichtet war.

"Renate lächelt.

"Aber gewiß! Wir waren als ganz junge W. doch Freunde! Warum sehen Sie mich so an? Just, als wäre es ein persönliches Verdienst Spira zu kennen!!"

Amtlicher Teil.

(Nr. 30 vom 9. Februar 1920.)

Anhelle des Herrn Fleischbeschauers Rint ist der Schöffe Georg Denker in Niederzeuzheim zum Standesbeamten-Stellvertreter des Standesamtsbezirk Niederzeuzheim-Oberzeuzheim-Thalheim ernannt worden.
Limburg, den 5. Februar 1920.
R. A. 596.

Die zu Schöffen der Gemeinde Heringen gewählten Willy Josef Sidel 1. ist von mir verpflichtet worden.
Limburg, den 4. Februar 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. Nr. 469.
Die zu Schöffen der Gemeinde Heringen gewählten Wilhelm Jakob Holzbäuer, Wilhelm Karl Wabus und Jakob Wilhelm Will, sind von mir verpflichtet worden.
Limburg, den 4. Februar 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. Nr. 143.
Im Anschluss an meinen Erlass vom 1. Dezember d. J. St. 5. 1440 —, betreffend die Bildung der Reichshochbauordnung, teile ich mit, daß bis jetzt:
3 Normenblätter über Ballendenoden,
1 Normenblatt über Innentüren,
13 Normenblätter über Fenster und
8 Normenblätter über Holztreppe herausgegeben worden sind.

Die von der Geschäftsstelle des Normenausschusses der Deutschen Industrie in Berlin NW 7, Sommerstraße 4a, zu beziehenden Blätter kosten bei Abnahme von 1—10 Stück einer Nummer 50 Pf., von 11—25 Stück einer Nummer 45 Pf., von 26—50 Stück einer Nummer 40 Pf., von 51—100 Stück einer Nummer 35 Pf., von 101—500 Stück einer Nummer 30 Pf., von 500—1000 Stück einer Nummer 25 Pf.

Ich ersuche ergebenlich, die Gemeinden, die Kreisverwaltungen und die nachgeordneten Behörden hierauf hinzuweisen. Die Kosten der für dienstliche Zwecke der dortigen Verwaltung etwa erforderlichen Normenblätter wären bei Kapitel 44b Titel 18 des Haushalts der Preußischen Regierung zu verzeichnen.

Im Hinblick auf die grohe Bedeutung der Normungsarbeit, erscheint mir hier und da auch die Teilnahme von Vertretern der Regierungen an den besonders wichtigen Hauptversammlungen des Normenausschusses der Deutschen Industrie zulässig.

Berlin W. 66, den 22. Dezember 1919.

Leipziger Straße 3.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt.

Im Auftrage: gez. Conze.

St. 5. 1449.
An sämtliche Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 3. Februar 1920.

Der Landrat.

R. A. B. 234.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Gottesdienstordnung für Limburg.

Ratholische Gemeinde.

Dienstag 7½ Uhr im Dom feierl. Jahramt für Anton Heidt und dessen Eltern Jakob Heidt und Ehefrau Josefine geb. Moos. Um 8½ Uhr im Dom Jahramt für Georg Lenz und seine beiden Ehefrauen.

Mittwoch 7½ Uhr im Dom feierl. Amt für die Geschwister Anton und Elisabetha Hilf. Um 8½ Uhr im Dom Jahramt für Franz Baier.

Donnerstag 7½ im Dom Jahramt für Heinrich Buet. Um 8½ Uhr Jahramt für Frau Pauline Heinrichs geb. Höltig.

Freitag 7½ Uhr im Dom feierl. Seelenamt für Jean Paul Grandpre. Um 8½ Uhr im Dom Jahramt für Frau Maria Ludwig geb. Schöppping.

Samstag 7½ Uhr in der Stadtkirche, feierl. Jahramt für Martin Pachten und dessen Ehefrau Ludowika geb. Burghardt. Um 8½ Uhr im Dom Jahramt für Landesbauminister Josef Hensler.

Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Messe.

Reichsverband Deutscher Mineralbrunnen E. V. Köln Vereinigung Mitteldeutscher Mineralbrunnen. Offenbach am Main.

Die sprunghafte Erhöhung der Löhne bei geringerer Arbeitszeit, die Verteuerung aller Materialien und der hohe Bruch bei den heutigen kolossalen Flaschenpreisen zwingen uns, gleichfalls die Füllungspreise einheitlich mit Wirkung ab 1. Februar 1920 zu erhöhen. Diese Erhöhung ist auf das mindestmögliche Mass beschränkt.

Für alle von unseren Vertretern ausgegebenen Flaschen ist ein Pfand zu hinterlegen, das dem heutigen Gestehungspreis gleichkommt und wie folgt beträgt:

Für Flaschen ohne Patenthebelverschluss 1/2 u. 2/4 Ltr. M. 150, 1/2 u. 2/4 Ltr. M. 120.

Für Flaschen mit Patenthebelverschluss alle Größen M. 2.— 6/27

Bei Rückgabe der leeren Flaschen wird das dafür gezahlte Pfand zurückvergütet. Trotz des gezahlten Pfandes bleiben die Flaschen Eigentum des betreffenden Brunnen, sind an den Vertreter zurückzuführen und dürfen nicht zu anderen Zwecken benutzt oder veräußert werden.

Selterssprudel
Augusta Viktoria
Löhnberg.

Ober-Selterser
Mineralbrunnen
Ober-Selters.

Statt Karten.

August Nettesheim
Elisabeth Nettesheim
geb. Seibel

Vermählte.

Limburg a. d. Lahn, Februar 1920.

6/30

Gretel Moos
Heine Seibel

Verlobte.

Die neue preussische Verwaltungsreform

ist im Ministerium des Innern einer nochmaligen Überarbeitung unterzogen worden und wird noch im Jan. dem Staatsministerium zur Beschlusshaltung zugehen. Vorläufig werden die Vorlagen — es handelt sich um Provinzial-, Städte-, Landgemeinde- und Kreisordnungen — der Landesversammlung Ende Januar zugehen.

Über die Grundzüge der neuen Vorlage sei folgendes gesagt:

Die Vertretungen zum Provinziallandtag, zur Stadtverordnetenversammlung, zur Gemeindevertretung, zum Kreistag werden auf Grund des Verhältniswahlrechts gewählt. Die Vertreter zu den Provinziallandtagen werden von den Kreistagen, in Städtekreisen von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Alle Sitzungen sind öffentlich. Jede Provinz hat einen Provinzialausschuß, der aus 6—10 Mitgliedern besteht. Die Wahl zum Ausschuß ist geheim. Die Wahlzeit zu den Vertretungen beträgt vier Jahre. Alle Beamte werden auf zwölf Jahre gewählt. Der Oberbürgermeister braucht nicht Jurist oder Verwaltungsbeamter zu sein, in diesem Falle muß der Bürgermeister die befähigung zum Richteramt haben. Für ehemamtliche Tätigkeit werden keine Vergütungen gewährt. Jeder Verband muß eine Besoldungsordnung aufstellen. In Selbstverwaltungsangelegenheiten beschließen alle Verbände frei und sind keiner Anweisung der Aufsichtsbehörde unterworfen. Die Vermögensverwaltung ist selbstständig unter Beachtung eingehender Richtlinien. Anleihen dürfen nur zu werbenden Zwecken und zu Ausgaben von dauerndem Nutzen für die Verbände aufgenommen werden. Die Tilgungsdauer darf bei ertragbringenden Unternehmungen 35 Jahre, bei ertraglosen 50 Jahre nicht überschreiten.

Die Staatsaufsicht ist wie folgt geregelt: Die Aufsichtsbehörde kann sich jederzeit durch geeignete Maßnahmen über die Verhältnisse der Verbände unterrichten, insbesondere durch Einrichtnahme in die Verwaltung, durch örtliche Prüfung, durch Einforderung von Berichten. Akteneinsicht ist zu gestatten. Gegen rechtswidrige Beschlüsse hat der Staat ein Votorecht. Bei unordentlicher Verwaltungstätigkeit trifft die Aufsichtsbehörde ihrerseits Anordnungen, gegen die Be schwerde zulässig ist. Die Wahlen unterliegen der Bestätigung der Aufsichtsbehörde. Durch Beschluß des Staatsministerium können die gesetzlichen Vertretungen aufgelöst werden. Das Schulwesen bleibt bis zur Reichsgesetzlichen Regelung unverändert. Die Gutsbezirke sollen aufgelöst werden und zu Landgemeinden unter Verschmelzung mehrerer Gutsbezirke oder durch Eingemeindung erklart werden. Über die Auseinanderziehung zwischen Gemeinde und Gutsbezirk beschließt die Aufsichtsbehörde. Für aufgebende Geredeigkeiten usw. kann der Gutsbesitzer entlastigt werden. Alle Wahlen müssen noch im Jahre 1920 stattfinden. Die Provinzen haben Rasseneinrichtungen zu schaffen, bei denen Städte, Gemeinden und Kreise Versicherungen für die Ruhegehalter und Hinterbliebenenversorgung ihrer Beamten abschließen können. Der Landrat wird auf 12 Jahre vom Kreistag gewählt, hat er nicht die befähigung zum Richteramt, so muß ein anderer hauptamtlicher Kreisbeamter mit solcher befähigung angestellt werden.

Wefann ist wohl dem Weltfremden in unserm neuen Deutschland, daß Gesetze machen und zwar schnell machen, keine Kunst ist, daß man aber ganze Verwaltungseinrichtungen und zwar solche, die sich gut bewährt haben, einschafft mit ein paar Federstrichen über den Haufen wirkt, das sollte man nicht für möglich halten. Eine solche Verwaltung soll man auch in Nassau vorgenommen werden durch Einführung resp. Annahme einer Landgemeinde-Ordnung, die vielleicht für rückständige Gebiete passen mag, jedoch in einer Weise für unser schönes Nassauerland, auch nicht für seine Bewohner tauglich wird.

Diese Landgemeinde-Ordnung und in Verbindung damit die Reichseinkommensteuer sind der Rücken unserer blühenden Gemeinwesen, bringen ten letzten Rest von Selbstständigkeit zu Fall. Die Gemeinde wird ein duldendes Glied in dem großen Ganzen, ohne daß ihr weiter die Möglichkeit geboten ist, entsprechend ihrer Eigenart auch nur das

geringste leisten zu können. Darum nur eine Frage anzich: Sohn des Nassauer Landes, willst du die Selbstverwaltung deiner Gemeinde ohne Widerspruch aufgeben und dafür die Kreisbürgertreize oder den Amtsverband aus Westfalen einzuladen? Wegen jedem und allem den Amtsverband, den kleinen Landrat aufzuchen? Deshalb auf, Ihr Landräte, vereinigt euch, sendet gegen dieses Machwerk einer Landgemeindeordnung flammende Proteste nach Berlin und tragt euren Abgeordneten zur Landesversammlung auf, unter keinen Umständen dafür zu stimmen.

Bürgermeister des Oberwestfalendreises! Zeigt ihr, daß euch das Geschick und die weitere Entwicklung eurer Gemeinden am Herzen liegen, sammelt euch zu einer Abwehrvereinigung.

Ausbauen sollen und wollen wir, nein, das müssen wir, wenn nicht der Zusammenbruch kommt, heißt also von unten anfangen, zuerst die Gemeinde, dann der Staat, das ist die Regel. Der Bürger ist der beste, der an seiner Gemeinde mit raten und taten, mit helfen kann, dann kommt er auch Verständnis für das Staatswohl.

Noch in diesem Monate wird sich die Preußische Landesversammlung mit den neuen Gemeindeverfassungsgesetzen zu beschäftigen haben, denn nach den Entwürfen sind die Einführungen derselben schon im Frühjahr gedacht. Wenn tatsächlich unsere Gemeindeordnung in Hessen-Nassau reformbedürftig ist, dann soll es ein Fortschritt sein, kein Rückschritt, wie es der neue Entwurf der Landgemeinde bedeutet.

Der neue Entwurf will nicht mehr und nicht weniger als jeder Gemeinde die Selbstständigkeit nehmen und den Amtsverband, Sammelbürgermeistereien wie in Rheinland-Westfalen auch in Hessen-Nassau einführen.

Eine Anzahl Gemeinden müssen einen Amtsverband bilden, der Amtsvorsteher, so ein kleiner Landrat, mit seinem Stab von Beamten, sorgt dann für seine ihm unterstehenden Gemeinden. Wege von zwei bis drei Stunden nach dem Amtssitz werden dann zu den Gewinnen dieser Verordnung zu zählen sein, anstatt daß man wie bisher bei seinem Bürgermeister in der eigenen Gemeinde sich Rat holen konnte.

Es gibt keinen Gemeinderat mehr. Sechs Gemeindevertreter und ein bis zwei Schöffen sind nach Angabe der Verfertiger dieses Machwerkes genügend, das Nichts, was noch der Gemeinde verblebt, verarbeiten zu können. Der Amtsvorsteher ist zu jeder Vertreter und Kommissionssitzung einzuladen und hat auch selbstverständlich dann den Vorsitz.

Schreiber dieses weiß wohl, daß nicht in allen Orten alles zum besten steht. Daher tatsächlich kleine Orte mit wenigen Einnahmequellen nicht wissen, in heutiger Zeit die notwendigen Gelder aufzutreiben, daß aber auch der vorliegende Entwurf dieses nicht ändern wird, sondern daß nur eine Stärkung der Gemeinden helfen kann. Diese Stärkung muß in der Selbstverwaltung liegen. Jeder Bürger muß an dem Wohl und Wehe der Gemeinde interessiert werden und nicht alles Selbstgefühl erstickt werden.

Im Sinne dieses Artikels wurden in zahlreichen Gemeinden gegen die Aufhebung der Selbstständigkeit der Gemeinden und die Schaffung von Großbürgermeistereien Beschlüsse gefaßt. Aus dem Oberwestfalendreis liegen von 84 Gemeinden 73 Beschlüsse vor. Auf Betreiben des Amtsvorsteher des Ganzen werden in allen Kreisen je 1—2 Vertreter gewählt, die dringlich

zu einer einmaligen Sitzung für Mittwoch, den 11. Februar, nachm. 1 Uhr in das Hotel „Alte Post“ Limburg gebeten werden. Zu dieser Versammlung sind auch die Abgeordneten Nassaus eingeladen.

Die Einladung ist unterzeichnet: 11/30
K. Müller, Alpenrod
Beigeordneter und Mitglied des Kreisausschusses.

Phosphoritvorkommen

von kapitalkräftiger Gesellschaft zum Abbau sofort gesucht. Angebote an Bergverwalter Wilh. Weber, Niederselters, (Taunus.) 2/30

Monatsmädchen oder Frau, selbstständig arbeitend, sofort für nachmittags (etwa 2—3 Stunden) gesucht. 13/30
F. v. Saint George, Am Schafenberg 3.

Gig, noch gut erhalten, zu laufen gesucht. Von wem, f. d. Expd. 7/26

Dezimal-Wage,

50 Pf. wiegend, noch gut erhalten, zu verkaufen. Wo, sagt die Expd.

Zahn-Atelier

von

Karl Tüscher, Dentist

Ob. Grabenstr. 15 Limburg Ob. Grabenstr. 15
(im Hause Buchhandlung Herz)

Sprechstunden: 11/13

Nur Werktag von 9—3½ Uhr.

Chlorkalium

50/53 %.

offert solange Vorrat reicht 9/26

Robert Schmidt, Niederdreieck.

Statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Freitag den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr rief Gott meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Pauline Bartholomä

geb. Jung

nach kurzer Krankheit in die Ewigkeit ab.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Bartholomä und Kinder.

Limburg, den 6. Februar 1920.

1(30)

Die Beerdigung findet statt Montag den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Hochstrasse 2, aus.

Todes-Anzeige.

Heute wurde unsere liebe, gute Tochter

Gretel

im 20. Lebensjahre von ihrem langen, schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst.

Limburg, den 7. Februar 1920.

In tiefer Trauer:

Reg.-Landmesser **Schindling und Frau Paula geb. Schoof.**

Von Beileidsbesuchern bittet man höflich absehen zu wollen.
Beerdigung am Dienstag den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr von Diederstrasse 38 aus.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, heute vormittag 5½ Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Onkel und Schwager, Herrn

Adolf Kaiser

im 77. Lebensjahre, gestärkt mit den Heilsmitteln unserer hl. Kirche, zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
in deren Namen:

Margaretha Kaiser geb. Zimmermann.

Limburg a. d. Lahn, den 8. Februar 1920. 10(30)

Die Beerdigung findet statt Mittwoch den 11. Februar 1920, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Untere Schiede 25, aus.

Die feierlichen Exequien werden Donnerstag den 12. Februar, vormittags 7½ Uhr im Dom gehalten.

Automobil-Motore, sowie Chassisteile

jeder Art,

und Karosserien

auch gebrauchte reparaturbedürftige Wagen, jedes Fabrikat, werden sofort gekauft.

Angebote unter F.P.M. 368 an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** 4(27)

Maschinengussbruch u. Schrotteisen

kauft zu den höchsten Tagespreisen

Limburger Eisengießerei und Maschinenfabrik

Theodor Ohl.

17(28)

Bleil.

Zur Abnahme zahlt Mt. 4,50 pro kg ab Bahnhofstation. Zusendung kann ohne weitere Anfrage unter Nachnahme erfolgen. Nach erfolgter Abnahme bitte durch Postkarte Benachrichtigung nebst Angabe der Quantität. **Karl Haardt,**
Nieheim a. d. Ruhr,
5/27 Metallwarenfabrik.

Ich suche für die Dauer der Heimfahrt Transporte

Unterkunft in Limburg.

Wenn möglich 1. Frühstück

und etwas Bedienung.

Günstige Anträge an Hauptmann Rüdiger von Wedel, Limburg, „Nassauer Hof“.

12(30)

Bekanntmachung.

Die wirtschaftliche Not des Vaterlandes zwingt die Regierung, auf dem von ihr im Bewußtsein ihrer Verantwortung dem Volke gegenüber eingeschlagenen Weg fortzufahren und noch solche Eisenbahn-Werkstätten zu schließen, deren Leistungen den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen und deren Betrieb unwirtschaftlich ist.

Im Einverständnis mit der Reichs- und Staatsregierung wird deshalb auf Anordnung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes die Werkstatt in Limburg (Lahn) sofort geschlossen. Sämtlichen Arbeitern wird aus diesem wichtigen Grunde das Dienstverhältnis gemäß § 20 Absatz 1 der Arbeiter-Dienstordnung unter Fortzahlung des Lohnes für 14 Tage gekündigt. Die Werkstatt wird demnächst unter neuen Bedingungen wieder eröffnet, die eine Wirtschaftlichkeit des Betriebes und erhöhte Arbeitsergebnisse ermöglichen.

Die Wiederaufnahme sämtlicher bisher beschäftigten Arbeiter ist unmöglich. Aufgenommen werden bei erheblicher Einschränkung der Belegschaft nur diejenigen Arbeiter, die sich mit der mit den Gewerkschaften vereinbarten Arbeit im Gedinge und zu einer täglichen Arbeitszeit von vollen 8 Stunden verpflichten.

Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit können von Dienstag, den 10. Februar an, in der Werkstatt erfolgen, woselbst die neuen Arbeitsbedingungen im einzelnen zu erfahren sind. Wer sich bis zum 11. Februar 1920 nicht zur Aufnahme der Arbeit meldet, hat keine Aussicht, wieder eingestellt zu werden.

14(30)

Eisenbahndirektion Frankfurt (Main).

Oeffentliche Versammlung

Dr. Max Quarck,

Mitglied der deutschen Nationalversammlung,

12(29)

spricht

Dienstag abend 8 Uhr im Saale der Alten Post

über

„Arbeitspolitik oder Putschpolitik“.

Sozialdemokratischer Verein Limburg.

Volksschule Limburg.

Die zu Ostern des Jahres in die Volksschule neu aufzunehmenden Kinder sind am 11. und 12. Februar in der Zeit von 10—12½ Uhr vormittags anzumelden, und zwar die Knaben im Dienstzimmer der Werner-Senger-Schule, die Mädchen in dem der Wilhelmite-Schule.

Schulpflichtig werden alle Kinder, die vor dem 1. April 1914 geboren sind, soweit nicht bereits ihre Einschaltung erfolgt ist.

Außerdem können diejenigen Kinder aufgenommen werden, die in der Zeit vom 1. April bis 30. Sept. 1914 geboren sind, wenn ihre Schulfähigkeit festgestellt wird, und wenn ihre Anmeldung im genannten Termine erfolgt. Der Tag der schulärztlichen Untersuchung wird später bekannt gegeben.

Bon allen Kindern ist der Impfschein, von den auswärtig geborenen noch der Geburtschein (bzw. Familienbuch) vorzulegen.

Limburg, den 6. Februar 1920

Die Schulleitung:

Michels, Rektor.

Lenz, Hauptlehrer.

Offene Lehrstellen

in Kaufmännischen und gewerblichen Betrieben für Knaben sind zu besetzen durch den

Kreisarbeitsnachweis, Limburg

Berufsberatung, Vermittlung von Lehre- und Arbeitsstellen für Jugendliche.

5(30)